

Masterarbeit

Klaus-Olaf Zehle

Wirtschaftsmediation

Chancen und Auswirkungen
des Mediationsgesetzes



Bachelor + Master
Publishing

Klaus-Olaf Zehle

Wirtschaftsmediation: Chancen und Auswirkungen des Mediationsgesetzes

Originaltitel der Masterarbeit: Das neue Mediationsgesetz: Chancen und Auswirkungen auf die Mediation von Wirtschaftskonflikten

ISBN: 978-3-8428-3017-2

Herstellung Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2012

Zugl. Universität des Saarlandes, Saarbrücken, Deutschland, Masterarbeit, Dezember 2011

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2012

<http://www.diplom.de>, Hamburg 2012
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung und Motivation	1
Teil 2: Hauptteil	3
A Das neue Mediationsgesetz	3
I. Vorstellung des Gesetzes	3
II. Entstehungsprozess.....	4
1. EU Richtlinie 2008/52/EG.....	4
2. Verpflichtung zur Umsetzung in nationale Gesetzgebung.....	5
3. Das Gesetzgebungsverfahren.....	6
4. Die Bedeutung der gerichtlichen Mediation	9
B Abgrenzung der Mediation zu Schiedsgerichts-verfahren	11
I. Grundsätze des Schiedsverfahrens	11
II. Grundsätze des Mediationsverfahrens und Unterschiede zum Schiedsgerichtsverfahren.....	11
C Relevanz für Wirtschaftskonflikte	15
I. Definition des Begriffs Wirtschaftskonflikt	15
II Kriterien zur Beurteilung von Chancen und Auswirkungen	17
1. Kriterien aus der PriceWaterhouseCoopers-Studie.....	17
2. Kriterien des Round Table Mediation & Konfliktmanagement der Deutschen Wirtschaft	19
3. Übersicht der Bewertungskriterien	20
4. Vorgehen der Bewertung.....	21
D Festlegungen zum Verfahren und die Relevanz der Verfahrensbesonderheiten bei Wirtschaftskonflikten	23
I. Verfahrenseigenschaften	23
1. Allgemeine Kriterien	23
2. Vertraulichkeit.....	24
3. Förderung der Bekanntheit.....	26
4. Bewertung	27
II. Auswahl des Mediators	28
III. Aufgaben des Mediators	30
1. Grundprinzipien	30
2. Vereinbarung zum Arbeitsbündnis	30

3.	Weitere Aufgaben	31
4.	Bewertung	32
IV.	Ablauf des Verfahrens	32
1.	Einzelgespräche.....	32
2.	Einbeziehung von Dritten	33
3.	Verfahrensbeginn, -dauer und -ende	34
4.	Fristenhemmung	35
5.	Bewertung	38
V.	Pflichten des Mediators.....	39
1.	Hinweispflicht	39
2.	Pflicht zur Neutralität	39
3.	Offenbarungspflicht und Tätigkeitsbeschränkungen	40
4.	Auskunftspflichten	41
5.	Verschwiegenheitspflicht des Mediators	42
6.	Bewertung	43
VI.	Qualifikation von Mediatoren	44
1.	Diskussion innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens	44
2.	Gesetzliche Regelungen zur Qualitätssicherung	45
3.	Gesetzliche Regelungen zur Zertifizierung	46
4.	Auswirkungen und Bewertung	47
VII.	Rechte und Pflichten der Konfliktparteien.....	48
1.	Eigenverantwortlichkeit	48
2.	Verschwiegenheit und Vertraulichkeit	49
3.	Vergütung.....	50
4.	Bewertung	50
VIII.	Vorschlagsrecht des Gerichts	50
IX.	Vollstreckbarkeit von Mediationsvereinbarungen	52
1.	Diskussion innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens	52
2.	Der Gesetzentwurf	53
3.	Auswirkungen.....	55
X.	Hinweise in der Klageschrift.....	55
XI.	Haftungsfragen	57

E	Anwendungsgebiete bei Wirtschaftskonflikten	59
I.	Zivilrechtliche Konflikte.....	59
II.	Arbeitsrechtliche Konflikte	59
III.	Verwaltungsrechtliche Konflikte	61
IV.	Sozialrechtliche Konflikte	62
V.	Finanzgerichtliche Verfahren	63
VI.	Patent- und markenrechtliche Konflikte	64
VII.	Zusammenfassende Bewertung der Ausweitung auf andere Rechtsgebiete	65
F	Kritische offene Punkte.....	67
Teil 3: Schlussteil	69
A	Fazit.....	69
B	Ausblick auf weitere Entwicklungen	70
Literaturverzeichnis	72

Teil 1: Einleitung und Motivation

Die außergerichtliche Konfliktbeilegung ist in den letzten Jahren verstärkt diskutiert worden. Seitens der EU wird sie stark forciert. Sie ist grundsätzlich bereits in unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen vorgesehen. Zur außergerichtlichen Konfliktbeilegung zählen dabei sowohl Verfahren mit einer Entscheidung durch einen Dritten als auch Verfahren, bei denen die Konflikte durch die Parteien einvernehmlich gelöst werden sollen. Für Letztere, die auch in einem Rechtsstaat besonders zu fördern sind¹, ist das Mediationsverfahren das prominenteste Verfahren, für Erstere die Schiedsgerichtsbarkeit.

Das Mediationsverfahren und andere Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung sollen durch das „Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung“ in einen rechtlichen Rahmen gerückt werden. Für das Schiedsgerichtsverfahren gibt es bereits entsprechende gesetzliche Vorschriften.

Mediation ist vorteilhaft bei Streitigkeiten komplexer Natur, insbesondere auch in Konflikten in und zwischen Unternehmen, „...in denen die Parteien auch künftig miteinander klarkommen müssen oder wollen, weil es eine Verbindung oder Beziehung gibt, die über den Streit hinausreicht.“²

Als Wirtschaftsmediator habe ich in den vergangenen Jahren immer wieder viele Diskussionen darüber geführt, ob ein Gesetz zur Mediation die außergerichtliche Konfliktbeilegung und hier insbesondere die Mediation im Wirtschaftskontext fördern oder behindern wird.

Deshalb wird hier im Wesentlichen das Mediationsverfahren in den Mittelpunkt gestellt und untersucht, welche Chancen und Auswirkungen das neue Gesetz auf die Lösung von Wirtschaftskonflikten durch Mediation hat, weil mit dem Gesetz „...die Mediation und außergerichtliche Konfliktbeilegung gerade auch unter Unternehmen gefördert werden“³ soll. Die Bewertung erfolgt dabei aus zwei Blickwinkeln. Zum einen erfolgt eine

¹ Vgl. BVerfG, Beschluss vom 14. Februar 2007, 1 BvR 135/01, 35: „Eine zunächst streitige Problemlage durch eine einverständliche Lösung zu bewältigen, ist auch in einem Rechtsstaat grundsätzlich vorzugswürdig gegenüber einer richterlichen Streitentscheidung.“

² Graf-Schlicker, 2009, S. 84.

³ Diop/Steinbrecher, 2011, S. 131.

Auseinandersetzung mit den Regelungen des Gesetzes, um dessen Auswirkung zu beurteilen, zum anderen wird betrachtet, inwieweit das Gesetz für den Einsatz der Mediation förderlich ist. Der Vollständigkeit halber wird eine Abgrenzung zum Schiedsgerichtsverfahren vorgenommen.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Buches wird der endgültige Gesetzestext noch nicht in Kraft getreten sein. Im Folgenden basieren alle Betrachtungen auf dem am 12.01.2011 in den Bundestag zur Abstimmung eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung“⁴ inklusive der Änderungen durch Beschluss des Rechtsausschusses vom 30.11.2011⁵ (im Folgenden Gesetzentwurf), die am 15.12.2011 vom Bundestag in zweiter und dritter Lesung einstimmig beschlossen wurden.

An einigen Stellen der Arbeit wird auf die im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens erfolgten Änderungen eingegangen, weil dieses das Verständnis der Bewertungen unterstützt.

Zwar ist am 10.02.2012 auf Initiative des Bundesrates der Vermittlungsausschuss einberufen worden, die seitens des Bundesrates strittigen Punkte betreffen aber ausschließlich die Verortung der gerichtlichen Mediation. Auf die Mediation von Wirtschaftskonflikten ist bei einer Anpassung in diesem strittigen Punkt keine Änderung zu erwarten, so dass dieser Text seine Gültigkeit auch bei einer eventuellen Anpassung im Vermittlungsausschuss behalten wird.

Dieses Buch basiert auf einer Masterarbeit zum Master in Commercial Law an der Universität Saarbrücken.

⁴ Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung, BT-Drs. 17/5335 vom 01.04.2011, gefunden unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/053/1705335.pdf>.

⁵ Vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss) - Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung, BT-Drs. 17/8058 vom 01.12.2011, gefunden unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/080/1708058.pdf>.

Teil 2: Hauptteil

A Das neue Mediationsgesetz

I. Vorstellung des Gesetzes

Das vielfach in der Literatur und im Sprachgebrauch vereinfacht als Mediationsgesetz bezeichnete neue „Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung“ (im Folgenden Gesetzentwurf) hat zum Ziel, „...die außergerichtliche Konfliktbeilegung und insbesondere die Mediation im Bewusstsein der Bevölkerung und der in der Rechtspflege tätigen Berufsgruppen stärker zu verankern.“⁶

Es besteht aus dem im Artikel 1 eingeführten Mediationsgesetz (im Folgenden MediationsG-E⁷), dem Mediationsgesetz im engeren Sinne, den Änderungen und Ergänzungen der Zivilprozessordnung, die in Artikel 2 eingeführt werden, weiterhin den Änderungen zum Arbeitsgerichtsgesetz (Artikel 4), dem Sozialgerichtsgesetz (Artikel 5), der Verwaltungsgerichtsordnung (Artikel 6), des Gerichtskostengesetzes (Artikel 7), der Finanzgerichtsordnung (Artikel 8) sowie Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Artikel 3). Zu Letzterem werden in dieser Arbeit nur die Änderungen des allgemeinen Teils (Buch 1) betrachtet werden, die Änderungen im Buch 2 betreffen nur Anwendungsgebiete in Familiensachen und werden deshalb im Folgenden nicht berücksichtigt.

Das Gesetz setzt die Vorgaben der Richtlinie 2008/52/EG⁸ in nationale Gesetzgebung um. Damit kommt ein jahrelanger Diskussionsprozess zu einem vorläufigen Ende, in dem darum gerungen wurde, ob gesetzliche Regelungen zur Mediation überhaupt notwendig sind und dazu dienen, die Akzeptanz der Mediation zu fördern oder — was die Gegner immer wieder

⁶ BT-Drs. 17/5335, a.a.O., S. 15.

⁷ Da das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist, wird zur Unterscheidung gegenüber den derzeit gültigen rechtlichen Vorschriften der Vorschrift des Gesetzentwurfs in diesem Dokument immer ein „-E“ nachgestellt.

⁸ Vgl. Kap. A.II.1.